



Liebe Leserinnen und Leser,

vor 25 Jahren konnten die Menschen der DDR zum ersten und einzigen Mal ihre Volkskammerabgeordneten frei wählen. Und sie haben von dieser selbst erstrittenen Möglichkeit in beeindruckender Weise Gebrauch gemacht. Mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 93 Prozent und einem Stimmanteil von 48 Prozent für das unionsgeführte Wahl-bündnis „Allianz für Deutschland“ war diese Wahl eine klare Richtungsbestimmung für Demokratie und für die Einheit in Freiheit – dem Ziel, dass CDU und CSU seit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers im Gegensatz zu vielen anderen nie aufgegeben hatten. 1989/90 waren Jahre, die geprägt waren von dem wachsenden Selbstbewusstsein der Menschen in der DDR, die sich nicht länger durch die Staatspartei SED gängeln, bevormunden und beherrschen lassen wollten. Neben der Klarstellung „Wir sind das Volk“ wollten diese Bürger auch keine Zweifel mehr über die Gestaltung ihrer Zukunft aufkommen lassen und stimmte mit großer Mehrheit für den Grundsatz „Nie wieder Sozialismus“. Der Wunsch der Menschen, eine Wiedervereinigung rasch zu erreichen, brach sich Bahn. Im Herbst des denkwürdigen Jahres 1990 erfüllte sich mit der Wiedervereinigung die Hoffnung der Deutschen in Ost und West.

Bundeskanzler Helmut Kohl verstand, dass die Einlösung der Hoffnungen und Wünsche der Deutschen nicht auf die lange Bank geschoben werden konnte – und dass es zugleich darum gehen musste, Nachbarn, Freunden und Partnern in Europa und der Welt die Angst vor dieser Entwicklung zu nehmen. Während andere, wie der damalige SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, von „nationaler Besoffenheit“ faselten, arbeitete Helmut Kohl zielstrebig und umsichtig daran, die einzigartige Gelegenheit zu nutzen. Wir freuen uns schon jetzt, im Herbst das 25. Jubiläum der Wiederherstellung der staatlichen Einheit feiern zu können. Es gibt keinen besseren Ort als das Plenum des Deutschen Bundestags, um die freie Volkskammerwahl vor 25 Jahren zu würdigen und an diesen Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR zu erinnern.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

KURZ UND BÜNDIG

9.3. 1. Niedersächsischer Tag der Sozialwirtschaft und Politik SoVD Sozialverband Deutschland

12.3. Vortragsabend in Salzgitter der Kolpingsfamilie Thiede-Steterburg

13.+14.3. Klausurtagung des CDU Landesverbandes Braunschweigs

16.3. Jahresveranstaltung des Gesprächskreises „Arbeitnehmerpolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung

19.3 Konferenz des DGB und der Hans Böckler-Stiftung zum Thema „70 Jahre Einheitsgewerkschaft“

DABEI SEIN – TERMINE

26.-28.3. Von 9 bis 18 Uhr ist das Infomobil des Deutschen Bundestages in der Fußgängerzone Salzgitter-Lebenstedt (vor dem Schuhhaus Deichmann). Ich bin vor Ort am Samstag, 28.3., um 12.00 Uhr.

27.-29.3 Auf dem Gelände des Schulzentrums Seesen findet die 6. Seesener Gewerbeausstellung, jeweils von 14.00 bis 18.00 Uhr statt. Mich treffen Sie dort am Samstag, 28.3., um 14.00 Uhr.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 16. bis 20. März

Vereinbarte Debatte anlässlich der ersten freien Volkskammerwahl in der ehemaligen DDR am 18. März 1990. Nach einer vereinbarten Debatte im vergangenen Jahr zur Fälschung der letzten Kommunalwahl der DDR im Mai 1989 und dem daraus entstandenen Bürgerprotest würdigten wir einen weiteren Schritt hin zur Einheit in Freiheit: Der Wahl vom 18. März 1990 kommt eine große Bedeutung auf dem Weg zur Einheit zu, was wir nicht nur durch die besondere Debatte am Mittwoch im Plenum gewürdigt, sondern auch durch eine sich an die Debatte anschließende Veranstaltung im Fraktionssitzungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu der wir Zeitzeugen eingeladen haben.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Somalia. EUTM Somalia leistet einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung der somalischen Streitkräfte und dient so dem nötigen Aufbau funktionierender Sicherheitsstrukturen in diesem Land. Dieser Beitrag ist grundlegend für eine Stabilisierung des Landes und damit für den Erfolg des strategischen Rahmens der EU für die ganze Region. Eine Unterstützung oder Begleitung der somalischen Streitkräfte bei Kampfhandlungen findet nicht statt. Der Antrag der Bundesregierung, den wir in 1. Lesung beraten haben, sieht eine Verlängerung des Mandats bis zum 31.3.2016 bei einer unveränderten personellen Obergrenze von 20 Soldaten vor.

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat am 19. und 20. März 2015 in Brüssel. Im Mittelpunkt des Europäischen Rates wird die geplante Energieunion stehen. Neben Fragen der Versorgungssicherheit sollen hierbei auch Aspekte wie die Energieeffizienz und erneuerbare Energien angesprochen werden.

Auch aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellungen werden diskutiert. Wegen der ungeklärten Nachhaltigkeit der Minsker Waffenstillstandsvereinbarungen stehen darüber hinaus auch die Lage in der Ukraine und die Beziehungen zu Russland auf der Tagesordnung.

Die Sanktionen gegen Russland laufen bald aus, daher werde sich die Bundeskanzlerin dafür einsetzen, dass sich die Dauer der Sanktionen am Paket von Minsk und seiner Erfüllung orientiert. Ebenso soll ein Ausblick auf den Gipfel zur Östlichen Partnerschaft, der am 22. Mai 2015 in Riga stattfindet, gegeben werden.



Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz). In 1. Lesung haben wir die Gesetzesinitiative der Bundesregierung beraten, die einen wichtigen Baustein zur Umsetzung der Digitalen Agenda darstellt. Sie enthält Anforderungen an die IT-Sicherheit von Betreibern sogenannter „kritischer Infrastrukturen“, die für das Funktionieren des Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind. Diese sollen künftig Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden, das die Einrichtungen im Gegenzug nach Auswertung der Daten bei der Verbesserung des Schutzes ihrer Infrastrukturen unterstützt. Auch sollen Telekommunikationsanbieter verpflichtet werden, Sicherheitsvorkehrungen zu gewährleisten, Sicherheitsvorfälle an das BSI zu melden und betroffene Nutzer zu informieren. Darüber hinaus soll das Bundeskriminalamt im Bereich Cyberkriminalität angesichts der zunehmenden Zahl von IT-Angriffen gegen



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Bundeseinrichtungen und gegen bundesweite kritische Infrastrukturen in seinen Rechten gestärkt werden.

Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz – Prävg). Im Zentrum des Gesetzentwurfs der Bundesregierung, steht die Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention in Kindertagesstätten, Schulen, Betrieben oder stationären Pflegeeinrichtungen. Krankenkassen und weiteren Sozialversicherungsträgern sowie den in den Ländern verantwortlichen Akteuren sollen mehr Möglichkeiten eröffnet werden, gemeinsam eine gesundheitsförderliche Gestaltung von Lebensbedingungen zu unterstützen. Im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie soll die Zusammenarbeit auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene in der Gesundheitsförderung und der Prävention verbessert werden. Weitere Schwerpunkte des Gesetzentwurfs sind die Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung und die präventionsorientierte Weiterentwicklung der Gesundheitsuntersuchungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Rede im Plenum zum Fortschrittsbericht 2014 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung. Branchen- und regionalspezifisch besteht ein dringender Fachkräftebedarf. 2011 verabschiedete die Bundesregierung deshalb ein Konzept zur Fachkräftesicherung, das von der damaligen Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen entwickelt wurde.



Der aktuelle Fortschrittsbericht weist in diesen Schwerpunkten erneut Verbesserungen auf. Zwei Beispiele:

- Seit 2007 sank die Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss von 8,2 Prozent auf 5,7 Prozent 2013.
- Das Ziel einer Weiterbildungsquote von 50 Prozent 2015 ist mit 49 Prozent annähernd erfüllt.

Qualifizierte Nachwuchskräfte haben für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes eine enorme Bedeutung. Darum enthält das Fachkräftekonzept eine Reihe von Projekten zur Aus- und Weiterbildung. Wir haben alle Menschen im Blick und wollen auch denjenigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen, die bislang nur geringe hatten. Dazu dient u.a. die „Initiative Spätstarter“, mit der arbeitslose junge Erwachsene ohne Berufsabschluss für eine abschlussorientierte Qualifizierung gewonnen werden sollen. Außerdem hob ich hervor, dass für uns als Union berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind.

Laut einer DIHK-Befragung Anfang 2014 kann jedes vierte Unternehmen offene Stellen für mehr als zwei Monate nicht besetzen. Besonders akut sind die Probleme in Westdeutschland, vergleichsweise am geringsten in Ostdeutschland. 37 Prozent sehen ihren wirtschaftlichen Erfolg mangels Fachkräften gefährdet. Kein Wunder also, dass die Personalverantwortlichen der Fachkräftesicherung größte Priorität einräumen.

Durch meine Zeit als Betriebsrat kann ich sagen, hier gab und gibt es noch viel zu tun. Vereint können Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte viel erreichen, z.B. bei der Personalplanung, -beschaffung und -bindung. Gerade die Rahmenbedingungen, unter denen gearbeitet wird, sind ein wesentlicher Faktor im Werben um Personal geworden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Angebot einer betrieblichen Altersvorsorge, Weiterbildung, Aufstiegschancen und andere Faktoren werden immer wichtiger. Prinzipiell. Denn natürlich spielt die Mobilität der Arbeitnehmer eine Rolle und was die Region zu bieten hat, in der die Arbeitsplätze sind.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Weil ein geglückter Weg zur Fachkräftesicherung aus unserer Heimat kommt, habe ich ihn im Plenum vorgestellt. Um langfristig zukunftsfähig zu bleiben, schlossen sich verschiedene Akteure zur „Allianz für die Region“ zusammen. Sie haben erkannt, wie bedeutsam es ist, die regionale Entwicklung insbesondere am Arbeitsmarkt aktiv zu gestalten. Natürlich wandern auch Arbeitskräfte nach Deutschland ein. Ausschlaggebend dafür ist im Wesentlichen die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union. Dem aktuellen Fortschrittsbericht ist zu entnehmen: „Mit knapp 1,2 Millionen Personen (2013) stellen die ausländischen Beschäftigten aus den Mitgliedstaaten der EU rund 4 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dar.“ Zusammengefasst trägt das Fachkräftekonzept Früchte. Entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes mitsamt den auch durch die Demografie vorgegeben steigenden Anforderungen wollen wir es weiterentwickeln.

Jahresveranstaltung des Gesprächskreises „Arbeitnehmerpolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Rahmen eines Workshops, von mir moderiert, habe ich mit jungen Erwachsenen auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung: Ein Modell für Europa?“ diskutiert.



Fragen waren, ob die Krisenpolitik die Rolle der Sozialpartner gefährdet oder welche Auswirkungen diese auf die langfristige Erholung der nationalen Arbeitsmärkte hat. Gemeinsam mit Peter Weiß MdB; Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Michael

Porschen, Bundesjugendsekretär der IG BCE, haben wir Thesen erarbeitet, die in einer anschließenden öffentlichen Diskussionsrunde mit dem Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, und dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Rainer Hoffmann, vorgestellt und angesprochen werden sollten. Leider kam es durch die Lenkung der Diskussion auf das Thema Griechenland nicht dazu.

Sechs Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehmann-Brothers in den USA und drei Jahre nach Inkrafttreten des Europäischen Stabilitätsmechanismus wird immer noch kontrovers über die richtige Strategie zur Überwindung der Krise diskutiert. Die Spar- und Reformpolitik in den Programmländern zeigt durch die Rückkehr an die Kapitalmärkte und eine leicht sinkende Arbeitslosigkeit erste Erfolge. Doch die Troika-Politik hat Spuren hinterlassen: Sozialpolitische Einschnitte und Eingriffe in Tarifverträge haben die Sozialpartner geschwächt.

Besucher aus dem Wahlkreis bei Bundespresseamtsfahrt. Zum ersten Mal in diesem Jahr konnte ich 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Sie alle waren meiner Einladung gefolgt und Teilnehmer einer zweitägigen Bildungsfahrt des Bundespresseamtes. Auf dem Programm standen u.a., neben dem Besuch einer Plenarsitzung im Deutschen Bundestag und einem Kuppelbesuch, auch der Besuch des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der Besuch des asi-Panorama "Die Mauer/The Wall" am Checkpoint Charlie, eine Führung im Centrum Judaicum (Stiftung Neue Synagoge Berlin) und eine spannende Stadtrundfahrt durch das Regierungsviertel in Berlin. Immer wieder führten wir auch Gespräche rund um aktuelle Themen direkt aus unserer Heimat.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Mittendrin im Wahlkreis 49

9. bis 15. März

Vortragsabend in Salzgitter der Kolpingsfamilie Thiede-Steterburg. Auf Einladung der Kolpingsfamilie der Katholischen Pfarrgemeinde St. Bernward Salzgitter berichtete ich am 12. März über meine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter. Nach einer kurzen Bilanz der bereits umgesetzten Vorhaben des Koalitionsvertrags, insbesondere des Pflegestärkungsgesetz I und II, diskutierten die Teilnehmer und ich über aktuelle politische Themen. Es war wie immer spannend zu hören, wie unsere Politik bei den Bürgern ankommt und welche Vorschläge sie haben. Solche Eindrücke nehme ich mit nach Berlin.

Ich freue mich jederzeit über Möglichkeiten, mit den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel ins Gespräch zu kommen. Treten Sie also gerne mit mir in Kontakt.



Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Zahl der Asylanträge stark gestiegen. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden im Februar 2015 insgesamt 26.083 Asylanträge gestellt. Das sind 132,5 Prozent mehr als im Februar 2014 und 4,2 Prozent mehr als im Vormonat Januar. Die mit Abstand meisten Asylbewerber kamen aus dem Kosovo (7.728), gefolgt von Syrien (4.237) und Serbien (2.849). Von den Anträgen wurden 22.775 als Erstanträge und 3.308 als Folgeanträge gestellt. Im Februar 2015 hat das BAMF über die Anträge von 17.580 Personen (Vorjahresmonat: 11.908, Vormonat: 17.835) entschieden. 6.465 Personen (36,7 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt. 203

weitere Personen (1,2 Prozent) erhielten subsidiären Schutz nach der Richtlinie 2011/95/EU oder unterlagen einem Abschiebungsverbot. Abgelehnt wurden die Anträge von 5.552 Personen (31,6 Prozent). Anderweitig erledigt (z. B. durch Dublin-Verfahren oder Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 5.360 Personen (30,5 Prozent).

Erwerbstätige arbeiteten 2014 mehr als 58 Milliarden Stunden. Im Jahr 2014 arbeiteten die Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt 58,5 Milliarden Stunden, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Das entspricht einem Plus von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mehr gearbeitet wurde zuletzt 1992 mit 59,9 Milliarden Stunden. Das Wachstum ist sowohl auf die Zunahme bei den Erwerbstätigen als auch auf den Anstieg bei der Arbeitszeit zurückzuführen. Die Erwerbstätigkeit nahm im Jahr 2014 um 0,9 Prozent zu und hat mit 42,7 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen stieg 2014 um 0,6 Prozent und lag bei 1.371 Stunden. Selbständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten 2014 durchschnittlich 1.973 Stunden, beschäftigte Arbeitnehmer 1.302 Stunden. Einer der Gründe für die angestiegene Arbeitszeit sind die von beschäftigten Arbeitnehmern geleisteten Überstunden: Sie machten 2014 im Durchschnitt 21,1 bezahlte Überstunden und damit 1,1 Stunden mehr als im Vorjahr. Die unbezahlten Überstunden lagen 2014 bei 27,8 Stunden, es waren damit 0,6 Stunden mehr als 2013.

Beitrag in „Arbeitnehmergruppe aktuell“. In der neuen Ausgabe des Informationsdienstes der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, finden Sie neben informativen Beiträgen meiner Abgeordneten-Kollegen aus der Arbeitnehmergruppe auch Stellungnahmen zu grundsätzlichen Fragen und aktuellen arbeitnehmerpolitischen Themen. In dieser Ausgabe finden Sie auch einen Beitrag von mir zum Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission zur Ein-Personen-Gesellschaft („SUP“). Lesen können Sie den Beitrag hier: <https://www.cducsu.de/download/file/44322>.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU